

Kurzbericht

Nr. VI/3

- 29. September 1958 -

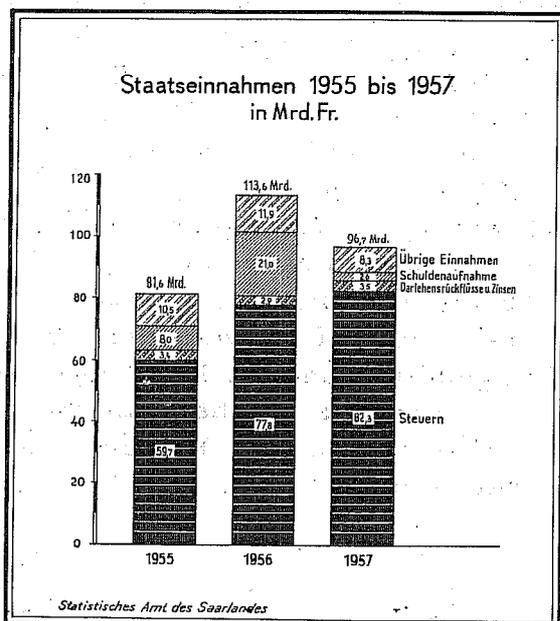
Jg. 8

Die Einnahmen und Ausgaben des Staates im Rechnungsjahr 1957

In der ordentlichen und ausserordentlichen Haushaltsrechnung des Staates beliefen sich 1957 die Einnahmen auf insgesamt 96,7 Mrd. Franken und die Ausgaben auf 94,3 Mrd. Franken. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das Gesamtvolumen wesentlich verringert, was vorwiegend darauf zurückzuführen ist, dass Post und Eisenbahn ab 1. Januar 1957 auf den Bund übergegangen sind und somit die erheblichen Zuschüsse an die Staatsbahn sowie die Einnahmen und Ausgaben der Post- und Telegrafverwaltung nicht mehr im saarländischen Staatshaushalt erscheinen.

A. - Einnahmen des Staates

Die bei weitem wichtigste Einnahmequelle des Staates war, ebenso wie in den Vorjahren, das Steueraufkommen, das 82,3 Mrd. Franken erbrachte.



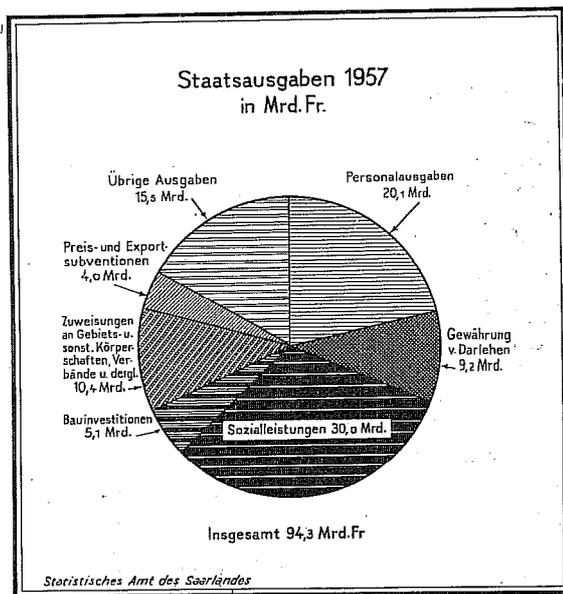
Die Schuldenaufnahme belief sich im Berichtszeitraum auf 2,6 Mrd. Franken. Es handelte sich dabei um ein Darlehen des Bundes, das dem Saarland zur Beteiligung an den Saargruben gewährt wurde. Die in den beiden Vorjahren beanspruchten Kredite waren wesentlich höher. So wurden 1955 in Frankreich 8 Mrd. Franken aufgenommen, die mit 4,5% zu verzinsen sind. 1956 gewährte der Bund ein Darlehen in Höhe von 14,7 Mrd. Franken, das zur Deckung der in den vorangegangenen Jahren entstandenen Haushaltsdefizite verwandt wurde. Ausserdem sind 1956 von Frankreich 6,3 Mrd. Franken Postscheckguthaben zinslos gestundet worden.

Die Darlehensrückflüsse beliefen sich im Berichtsjahr auf 2,6 Mrd. Franken; sie waren um rund ein Viertel höher als im Vorjahr. Die gesamten Zins-einnahmen erreichten nur etwa 0,9 Mrd. Franken, da die vom Staat zur Verfügung gestellten langfristigen Kredite zu einem meist stark ermässigten Zins-satz gewährt werden.

Die übrigen Einnahmen in Höhe von 8,3 Mrd. Franken setzten sich vorwie-gend zusammen aus 2 Mrd. Franken Gebühren, Beiträgen, Strafen und Entgelten sowie aus 3,6 Mrd. Franken Zuweisungen von Gebiets- und sonstigen Körper-schaften, Verbänden und dergleichen. Gegenüber dem Vorjahr ist das Aufkom-men an Gebühren wegen des Ausscheidens der Posteinnahmen aus dem Staats-haushalt stark zurückgegangen. Die Zuweisungen dagegen haben sich beträcht-lich erhöht. In diesen Beträgen sind 1,3 Mrd. Franken Bundeszuschüsse enthal-ten, die hauptsächlich zum Bau der Autobahn sowie der linken Saaruferstrasse (Verbindungsstrecke Saarbrücken - Luxemburg) dienten. Ebenso sind in dieser Position die annähernd 2 Mrd. Franken ausgewiesen, die von Frankreich als Er-stattung eines Teiles der Ausgaben für die Exportförderung geleistet wurden.

B. - Ausgaben des Staates

Mit dem Wegfall verschiedener Aufwendungen haben sich die in der staatli-chen Haushaltsrechnung auf der Ausgabenseite aufgeführten Beträge gegenüber den beiden vorangegangenen Jahren erheblich verringert. Während sich die Staatsausgaben 1955 auf 100,6 Mrd. Franken und 1956 sogar auf 111,7 Mrd. Fran-ken beliefen, betragen sie 1957 rund 94,3 Mrd. Franken.



Personalausgaben

Die Personalaufwendungen einschliess-lich der Versorgungsbezüge beliefen sich 1957 auf 20,1 Mrd. Franken. Gegenüber den vergleichbaren Beträgen des Vorjah-res haben sie sich um rund ein Sechstel erhöht, was in erster Linie auf die infolge der gestiegenen Lebenshaltungskosten allgemein gewährten Erhöhungen der Löh-ne und Gehälter zurückzuführen ist. Von den gesamten Personalausgaben entfielen 48 vH auf die Beamtenbesoldung, 24 vH auf die Angestelltenbezüge, 4 vH auf Ar-beiterlöhne, 1 vH auf Vergütungen für Aushilfsangestellte und 3 vH auf Notstands-beihilfen, Trennungentschädigungen und

ähnliche Ausgaben. Die Versorgungsbezüge in Höhe von 3,8 Mrd. Franken waren mit rund einem Fünftel an den Personalkosten beteiligt.

Gewährung von Darlehen

Von den insgesamt 9,2 Mrd. Franken staatlicherseits gewährten Darlehen wurden 7,2 Mrd. Franken für den privaten Wohnungsbau zur Verfügung gestellt. Diese Gelder waren sowohl zum Wiederaufbau kriegszerstörter Gebäude als auch zur Schaffung neuen Wohnraums bestimmt. Von den übrigen Krediten er-

hielten die förderungswürdigen mittelständischen Betriebe der gewerblichen Wirtschaft rund 700 Mill. Franken und die Landwirtschaft 300 Mill. Franken; 575 Mill. Franken wurden an die Bundesbahn zur Durchführung der Elektrifizierung und sonstiger Baumassnahmen gewährt. Gegenüber dem Vorjahr haben sich die gesamten Staatsdarlehen um 750 Mill. Franken oder 9 vH erhöht.

Bauinvestitionen

Für Baumassnahmen verausgabte der Staat in der Berichtszeit 5,1 Mrd. Franken, das waren 29 vH mehr als 1956. Besonders hoch waren die Aufwendungen für den Strassen-, Wege- und Brückenbau, die 2,7 Mrd. Franken ausmachten. Für den Bau von Schulen, Krankenhäusern, Verwaltungsgebäuden und sonstigen öffentlichen Einrichtungen wurden 1,8 Mrd. Franken beansprucht; ausserdem wurden noch 520 Mill. Franken für Zollbauten und Truppenunterkünfte verwandt.

Sozialleistungen

Der grösste Teil der gesamten Staatsausgaben entfiel mit fast einem Drittel auf die Sozialleistungen, die einen Betrag von 30 Mrd. Franken erreichten. Diese erheblichen Aufwendungen waren im wesentlichen wiederum dadurch bedingt, dass den Sozialversicherungsträgern erhebliche Zuschüsse in Höhe von 17,2 Mrd. Franken gegeben wurden. Die Kriegsopferversorgung beanspruchte 9,7 Mrd. Franken, die allgemeine Fürsorge (Sozialrentnerhilfe, Tuberkulosenhilfe usw.), 1,9 Mrd. Franken. Ausserdem wurden 476 Mill. Franken an ehemalige Kriegsgefangene und Spätheimkehrer ausgezahlt, 266 Mill. Franken für Milchspeisung an Schulkinder verausgabte und 232 Mill. Franken als Unterhaltshilfe gewährt. Im Vergleich zum Vorjahr sind die gesamten Sozialausgaben des Staates um 4,6 Mrd. Franken oder annähernd ein Fünftel angestiegen.

Zuweisungen an Gebiets- und sonstige Körperschaften, Verbände und dgl.

Ein erheblicher Betrag von 10,4 Mrd. Franken wurde im Berichtsjahr aus dem Staatshaushalt an verschiedene Körperschaften, Verbände und ähnliche Institutionen zugewiesen. Davon erhielten die Gemeinden und Gemeindeverbände 5,6 Mrd. Franken, die vor allem für den Strassen-, Wohnungs- und Schulbau zur Verfügung gestellt wurden. Den nicht staatlichen Krankenhäusern und Heilstätten kamen insgesamt 1 Mrd. Franken zugute, die als Zuschüsse zu den Bau- und Unterhaltungskosten sowie zur teilweisen Deckung der Fehlbeträge dienten. Die Zuweisungen zur Förderung der Landwirtschaft betragen 820 Mill. Franken. Sie wurden insbesondere als Beihilfe zum Ankauf landwirtschaftlicher Maschinen sowie zur Verbilligung von Saatgut und Kunstdünger gewährt. Die Kirchengemeinden erhielten 617 Mill. Franken als Besoldungs- und Zinszuschüsse sowie als Beihilfe zur Durchführung von Bauinvestitionen. Die nichtstaatlichen Wohlfahrtseinrichtungen (Stifte, Heime, Schwesternstationen usw.) bekamen Zuwendungen in Höhe von 500 Mill. Franken. Ein ebenfalls erheblicher Betrag von 450 Mill. Franken wurde zum Bau und zur Einrichtung privater Schulen und Kindergärten zur Verfügung gestellt. Die Zinszuschüsse für den privaten Wohnungsbau beliefen sich auf 237 Mill. Franken. Die Gesamtsumme der staatlichen Zuweisungen hat sich im Vergleich zum Vorjahr wesentlich vermindert, da die erheblichen Zuschüsse an die auf den Bund übergegangenen Eisenbahnen des Saarlandes weggefallen sind.

Preis- und Exportsubventionen

Im Saarland beliefen sich 1957 die mit Frankreich gemeinsam getragenen Preis- und Exportsubventionen auf 4 Mrd. Franken. Davon entfielen 1,8 Mrd. Franken auf Exportvergütungen und 2,2 Mrd. Franken auf Preissubventionen. Von den letzteren wurden 0,5 Mrd. Franken zur Stützung des Verbrauchermilchpreises und 1,7 Mrd. Franken zur Senkung der Preise für Bedarfsgüter gemäss Art. 16 des Saarvertrages sowie zur Deckung der Kosten sonstiger Preisstützungs- und Preisverbilligungsmassnahmen verwandt.

Übrige Ausgaben

Die betrieblichen Zweck- und Verwaltungssachausgaben betragen im Berichtsjahr zusammen 2,1 Mrd. Franken. Die Kosten für Unterhaltung und Instandsetzungen erreichten 1,7 Mrd. Franken, während der Erwerb von Grundstücken und sonstigem Sachvermögen 1,4 Mrd. Franken erforderte. Für Beteiligungen wurden 2,9 Mrd. Franken aufgewandt, davon 2,6 Mrd. Franken für die Beteiligung an den Saarbergwerken. Der Zinsendienst beanspruchte 920 Mill. Franken, die Schuldentilgung 210 Mill. Franken. Ein beachtlicher Betrag von 3,8 Mrd. Franken wurde für Kriegsfolgemaassnahmen ausgegeben, und zwar vorwiegend in Form von Vorauszahlungen an Kriegssachgeschädigte.

C. - Investitionen aus Mitteln des Europa-Wiederaufbau-Programmes

Die Rückflüsse aus den Marschallplan-Darlehen, die in diesem Sonderetat als Einnahmen erscheinen, beliefen sich 1957 auf 2,2 Mrd. Franken, so dass neue Darlehen in Höhe von 1,7 Mrd. Franken gewährt werden konnten, die vor allem der saarländischen Industrie als langfristige Investitionskredite zur Verfügung gestellt wurden. Da es sich bei diesen Beträgen im Rahmen des Staatshaushaltes nur um durchlaufende Posten handelt, wurden sie in den gesamten Einnahmen und Ausgaben des Staates nicht berücksichtigt.